A12 Wirtschaftsstandort LU

Gremium:	Vorstand KV LU - Petra Mazreku
Beschlussdatum:	20.10.2018
Tagesordnungspunkt:	0. Tagesordnung

Text

Strukturwandel – Wir setzen auf Digitalisierung und Ökologische Modernisierung!

Unsere Wirtschaftspolitik orientiert sich am Leitbild der Nachhaltigkeit und des fairen Handels. Unsere Ziele sind der Erhalt natürlicher Ressourcen, gesamtgesellschaftlicher Wohlstand und soziale Gerechtigkeit, auch für zukünftige Generationen. Um Beschäftigung und Wohlstand in einer Welt endlicher Ressourcen auch langfristig zu sichern, wollen wir weg von einer reinen Orientierung an quantitativem Wachstum. Der Wohlstand einer Gesellschaft lässt sich nicht alleine am Bruttoinlandsprodukt ablesen. Wir setzen uns dafür ein, Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Herausforderungen durch die ökologische Modernisierung, die digitale Revolution und den demografischen Wandel zu begegnen.

Diversifizierung

Ludwigshafen ist, gemessen an der erreichten Produktivität (z.B. BIP pro Einwohner) ein starker Wirtschaftsstandort, geprägt von der Chemieindustrie. Das Steueraufkommen der hier ansässigen Betriebe und die angebotenen Arbeitsplätze müssen mehr der Stadt und ihren Bewohner*innen zu Gute kommen. Die Bildungseinrichtungen der Stadt müssen in der Lage sein, die nachwachsenden Generationen auf die künftige digitalisierte Arbeitswelt vorzubereiten und für die Arbeit in anspruchsvollen Bereichen der lokalen Wirtschaft zu qualifizieren. Die Förderung kleiner innovativer Gewerbebetriebe und neuartiger Dienstleistungen hilft, die Wirtschaftsstruktur in Ludwigshafen zu diversifizieren.

Grüne Ziele sind:

- Ansiedlungsprogramm für bestimmte Branchen: im Bereich der Umwelttechnik, der Erneuerbaren Energien, der Energie- und Ressourceneffizienz, der IT, der Medizintechnik und anderer zukunftsweisender Wirtschaftszweige. Wir setzen uns für Innovationszentren ein, für eine Bündelung von Branchenansiedlungen, um Synergieeffekte zu erzielen und Neuansiedlungen zu erleichtern.

- Die verfügbare Fläche für Gewerbeansiedlungen ist jedoch begrenzt. Wir setzen auf Flächenrecycling und eine Quartiersentwicklung „der kurzen Wege“, in denen alle notwendigen Güter des täglichen Bedarfs in der Nähe zur Verfügung stehen. Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete im Außenbereich – wie z. B. bei Ruchheim „nördlich A 650“ – lehnen wir ab.

- Ein Gründerinnenzentrum unterstützt Existenz- und Firmengründungen durch Frauen und kann einen wichtigen Standortfaktor darstellen. Diverse Beispiele bundesweit zeigen, dass ein Zentrum für Existenzgründerinnen sich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt auswirkt.

Nachhaltiges Wirtschaften

Wir stehen für nachhaltige Wirtschaftsformen ein. Die Stadt muss die ökologische Modernisierung und die Digitalisierung der kleinen und mittelständischen Unternehmen aktiv unterstützen indem Verfahren vereinfacht und digital angeboten werden.

Die Unternehmen im „Konzern Stadt" sollen mit gutem Beispiel vorangehen und Öko- / Sozial- und Gemeinwohlbilanzen erstellen und veröffentlichen, in denen „Erfolg" eben nicht mehr nur anhand monetärer Ziele (z.B. Eigenkapitalrendite, Gewinnmaximierung etc.) sondern anhand von Nachhaltigkeits-Kriterien wie Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung und unter Einberechnung externalisierter Kosten wie Umweltzerstörung oder soziale Ausbeutung, gemessen wird.

Als zentraler Standort in der Metropolregion Rhein-Neckar hat Ludwigshafen Vor- und Nachteile; zu letzteren zählt vor allem der begrenzte Raum. Die länderübergreifende Regionalplanung in der Rhein-Neckar-Region ist dann erfolgreich, wenn sie vom Kooperationswillen der Kommunen getragen wird. Das Konkurrieren um Ansiedlungen und das damit einhergehende maßlose Flächenangebot in der Region schadet der Stadt Ludwigshafen wie auch den Nachbarstädten. Der langfristige Erhalt eines guten Arbeitsplatzangebots in der Stadt kann nicht über die Bebauung der letzten großen naturnahen Flächen gewährleistet werden.

Die Verschuldung der Stadt ist natürlich der größte Bremsklotz für die weitere Entwicklung. Eine Lösung für dieses Problem kann aus unserer Sicht nur vom Bund kommen. Der kommunale Entschuldungsfonds (KEF) des Landes Rheinland-Pfalz kann dabei nur der erste Schritt sein. Außerdem müssen wir zur Gegenfinanzierung auch neue Ideen entwickeln und zulassen, wie z.B. eine City-Maut oder „alte" Subventionen auf ihre Sinnhaftigkeit überprüfen.